

Schwarzwaldbacht

Calwer Tagblatt Nationalsozial. Tageszeitung

Bezugspreis: Monatlich RM. 1.50 durch Träger.
Bei Postbezug zusätzlich Zustellgebühr. — Anzeigerpreis: Die Kleinspaltige mm-Zeile 7 Pfg., Reklamezeile 15 Pfg. Bei Wiederholung Nachsch. Erfüllungsort für beide Teile Calw. Für richtige Wiedergabe von durch Fernspruch aufgenommene Anzeigen keine Gewähr.

Alleiniges Amtsblatt für Stadt und Oberamtsbezirk Calw

Nr. 39

Calw, Freitag, 16. Februar 1934

1. Jahrgang

Die Wiener Kriegsberichte lügen Der Kampf geht weiter

Wien, 15. Febr. Während die Regierung in ihren amtlichen Verlautbarungen „von Sieg zu Sieg“ über die Aufständischen eilt, und die Lage so darzustellen versucht, als sei der Kampf so gut wie niedergeworfen, geht der Kampf tatsächlich ununterbrochen weiter. Wohl gelingt es den Regierungstruppen, da und dort die Margisten aus ihren Stellungen zu werfen, doch nehmen die Aufständischen immer erneut den Kampf auf.

Die Erbitterung, mit der auf beiden Seiten gekämpft wird, ist ungeheuer. Die Brutalität, mit der Feind die von vielen tausenden Familien, Frauen und Kindern bewohnten Gemeindefaßungen vom Granatfeuer der Hauptkämpfe beschossen und in Trümmer gelegt, hat die gesamte Bevölkerung gegen die Regierung aufgebrannt. Hunderte von Frauen und Kindern liegen tot unter den Trümmern dieser Wohnanlagen.

Auch in der Provinz, über die Feindberichte, daß der Kampf beendet sei, geht der Kampf weiter. Die Regierungstruppen erweisen sich fast überall als zu schwach, um die Ordnung herzustellen zu können.

Die Kämpfe am Donnerstag

Die unsichere Lage der Regierung ging schon aus dem Generalpardon hervor, den Bundeskanzler Dr. Dollfuß am Mittwoch angeboten hat. Die Wirkung dieses Versprechens war gering; kaum einige hundert Margisten haben am Donnerstag vormittag ihre Waffen abgeliefert und sich den Regierungstruppen ergeben.

Im Laufe des Vormittags gestalterten die Kämpfe in zahllose Einzelaktionen. Der Goethehof, der die Reichsbrücke beherrscht, ist in die Hände der Regierungstruppen gefallen. Dafür kam es zu neuen Kämpfen in Ottakring, wo sich die Margisten im Sandeithof wieder festgesetzt haben.

In Floridsdorf sammelte sich die Margisten auf einer neuen Linie Kagran-Fedlessee. In Favoriten sollen die Aufständischen den Laaer Berg geräumt haben, doch heißt es im amtlichen Bericht selbst nur sehr vorsichtig: „Dort soll kein Widerstand mehr bemerkbar sein.“

Hingegen ist, wie aus der vorsichtigen Fassung des amtlichen Berichtes hervorgeht, der Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt wieder in die Hände der Aufständischen gekommen. In den Mittagsstunden wurde daher eine ganze Batterie eingesetzt, um den riesigen Gebäudekomplex wieder sturmreif zu machen.

Dollfuß verhöhnt die Arbeiter und heßt gegen Deutschland

Die „Vaterländische Front“ des Herrn Dollfuß hat in den österreichischen Bundesblättern und in Wien selbst ein Flugblatt verteilt, das an der Spitze das Kreuzkreuz trägt, das Zeichen der sog. „Vaterländischen Front“, einer Organisation ohne Anhänger und das an die Arbeiter Österreichs gerichtet ist. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Auf die Barrikaden schicken sie Euch, Eure Führer, die im Auto stürzten. Tote und Verwundete sind das Ergebnis dieser schweren Stunden. Ihr würdet schließlich im Stich gelassen. Arbeiter Österreichs, denkt an Euch gemordeten und gemenschten Brüder im Dritten Reich, denkt an die Zertrümmerung aller sozialen Rechte und Errungenschaften durch den Nationalsozialismus. Was Eure verbrecherischen Führer versuchten, ist schmachlicher Verrat an Euch, Euren Lieben, an Eurer Heimat, an Österreich. Jetzt gilt es, sich klar zu entscheiden. Der einzige, der Euch hilft, ist Dollfuß. Arbeiter Österreichs, vereinigt Euch mit allen guten Österreichern in der Stunde der Gefahr. Österreich braucht Euch! Ihr braucht Österreich!“

Dieser Aufruf des Herrn Dollfuß ist der Höhepunkt der Verlogenheit und Gemeinheit und wird auch den letzten österreichischen Arbeitern, die Herrn Dollfuß noch nicht durchschaut haben, die Augen öffnen. Erst läßt Herr Dollfuß mit Kanonen die Arbeiterwohnhäuser zusammenschießen, dann läßt er ein Blutbad anrichten, das 500 Tote fordert, darunter zahlreiche unschuldige Frauen und Kinder. Im gleichen Augenblick appelliert derselbe Herr Dollfuß an die Arbeiter, sich zu ihm zu bekennen nach dem Grundsatz: Butterbrot und Peitschel. Herrn Dollfuß kann nur gesagt werden, daß die deutsche Revolution bei

einer Bevorratung, die 11mal so groß wie die Österreichs ist, nicht einen Bruchteil der Todesopfer gefordert hat, die Dollfuß verbrecherischer Verzweiflungskampf gegen die österreichische Arbeiterschaft zur Folge hatte. Und diese Regierung Dollfuß wagt es von einer Zertrümmerung aller sozialen Rechte und Errungenschaften durch den Nationalsozialismus zu sprechen, obwohl die nationalsozialistische Regierung sich als eine der sozialistischsten Regierungen der Welt erweisen hat, indem sie dem schaffenden deutschen Menschen die modernste Sozialversicherung der Welt gab. Die österreichischen Arbeiter seien nur an die Worte des ehe-

maligen sozialdemokratischen Reichspräsidenten und Führers des deutsch-österreichischen Volksbundes, Paul Loebe erinnert, der gerade in diesen Tagen einer belgischen Zeitung zugab, daß all jene sozialistischen Forderungen, die die Sozialdemokratie nicht verwirklichte vom Nationalsozialismus in die Tat umgesetzt wurden. Nach Meldungen von Regierungsseite sollen gestern Abend die Kämpfe in Wien zum Stillstand gekommen sein. Die Schutzbündler, deren Gesamtverluste mit 1500 Mann angegeben werden, sollen strategisch wichtige Stellungen geräumt haben. Die Entwaffnungsaktion schreitet fort.

Frankreich weicht wieder aus

Die Pariser Antwort auf die deutsche Abrüstungsdenkschrift Die alten Forderungen kehren wieder

Paris, 15. Febr. Die französische Antwortnote auf die deutsche Abrüstungsdenkschrift vom 19. Januar wird nunmehr veröffentlicht. Die französische Regierung nimmt darin einleitend den Geist der Loyalität und Aufrichtigkeit für sich in Anspruch, indem sie ein mit der Genfer Konferenz im Einklang stehendes Programm aufgestellt habe. Gleichwohl glaube die deutsche Regierung von neuem behaupten zu können, daß „die hauptsächlich in Betracht kommenden hochgerüsteten Mächte (unter denen zweifellos Frankreich einbezogen werden müsse) zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit seien.“ Die französische Note bemängelt dann mit Ausdrücken des Bedauerns und der Verwunderung, daß die deutsche Regierung ihre Vorschläge nicht abmildern zu sollen glaube und deren Tragweite nicht präzisieren habe, daß die französische Regierung in der deutschen Denkschrift auch keine genügende Aufklärung über die deutsche Stellungnahme zu der Kontrollfrage gefunden habe. Die Note fährt fort:

„Es ist der deutschen Regierung sicherlich nicht entgangen, daß die in dem Memoire vom 1. Januar gemachten Vorschläge in zwei Punkten nach Ansicht der französischen Regierung grundsätzlichen Charakter hatten. Der Vergleich der franz. und deutschen Truppenbestände kann nur auf vergleichbare Personalbestände angewendet werden, d. h. auf diejenigen, die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind, und ist nur denkbar, wenn alle Streitkräfte, die in irgend einem Grade militärischen Charakter besitzen,

unter die festzulegende Beschränkung fallen. Die Gleichstellung auf dem Gebiete des Materials, d. h. die Zulassung desjenigen Materials an Deutschland, das die anderen Nationen behalten, das aber Deutschland augenblicklich verbieten ist, kann erst auf die Umwidmung des deutschen Heeres und die Aufzählung der vor- und außer-militärischen Organisationen durch die Regulären von der Konvention begrenzten Personalbestände erfolgen. Indem die deutsche Regierung in diesen beiden entscheidenden Fragen die Vorschläge beiseite schiebt, die ihr gemacht worden waren und deren Absicht und Tragweite sie nicht missverstehen konnte, hat sie das gesamte in dem Aide-Memoire vom 1. Januar diktierte Programm abgelehnt.“

Unter diesen Umständen sehe die französische Regierung nicht, welchen Nutzen der umfangreiche, der letzten deutschen Denkschrift beigefügte Fragebogen haben könnte. Die französische Regierung kommt hier wiederum auf ihre alte Forderung, diese Fragen nur unter Beteiligung aller interessierten Staaten zu Ende zu bringen, zurück.

Die französische Regierung glaubt dann „zwei wesentliche Mißverständnisse“ aufklären zu sollen. Bei der Forderung einer sofort wirksamen Kontrolle mit dem Inkrafttreten der Konvention handle es sich um nichts, was die Ehre der deutschen Regierung verletzen könnte. Die deutsche Regierung bezweifle offenbar den Willen der französischen Regierung, eine Begrenzung

ihrer überseeischen Personalbestände ins Auge zu fassen. Nichts sei unrichtiger. Eben- sowenig sollen die überseeischen Streitkräfte von der Beschränkung ausgenommen werden, deren mobiler Charakter erfordert, daß sie jederzeit im Mutterlande verfügbar sind (?), um in kürzester Zeit nach denjenigen Punkten des Kolonialreiches gebracht zu werden, wo ihre Anwesenheit für nützlich gehalten wird.

Die französische Regierung denke nicht daran, in einem ihr passenden Augenblick die in der Konvention festgesetzte Herabsetzung geheimer Streitkräfte durch Ueberseebrigaden auszugleichen, da die Konvention die Personalbestände genau begrenzen würde die „in Friedenszeiten“ im Mutterlande stationiert werden könnten. Doch diese besonderen Fragen dürften trotz ihrer Wichtigkeit nicht dazu führen, daß man das wesentliche Problem aus den Augen verliere. „Die französische Regierung ist stets der Ansicht gewesen, daß die Festsetzung Höchstzahlen sich auf die Gesamtstärke der Kräfte beziehen müssen, die militärischen Charakter tragen und sie hat es als feststehend betrachtet, daß die Formationen der SA. und SS. diesen Charakter haben.“

Die französische Regierung hält ihre früheren Angaben hierüber voll und ganz aufrecht und erklärt, ihre Unterschrift unter keine Konvention setzen zu können, die erst der Zukunft die Entscheidung darüber überlasse, ob die Formationen der SA. und SS. einen militärischen Wert hätten (?). Eine auf diesem Grundsatze beruhende Konvention wäre auf einer falschen Grundlage aufgebaut.

Neuer Gewaltstreik in Memel

Litauischer Staatskommissar statt des deutschen Direktoriums

Berlin, 15. Febr. Wie aus Memel zuverlässig berichtet wird, ist beabsichtigt, am 16. Februar einen Staatskommissar für das Memelgebiet einzusetzen. Durch diese Maßnahme will man das Direktorium des Memelgebietes faktisch stellen. Als Kandidat kommt in erster Linie der frühere Landrat Simonaitis in Frage, der sich bei dem Memelputsch im Jahre 1923 besonders hervorgetan hat. Gegen ihn bestehen allerdings, insbesondere von Stiklorius und anderen, erhebliche Bedenken, die Simonaitis aber zu überwinden hofft.

Diese Meldung wird zunächst unter Vorbehalt wiedergegeben. Es ist allerdings bekannt, daß litauische Scharfmacher mit derartigen unverantwortlichen Plänen, die auf eine Beseitigung der autonomen Verfassung des Memelgebietes hinauslaufen, umgehen. Man sollte aber annehmen, daß die litauische Regierung sich von solchen Plänen fernhält und sich nicht einen so offensichtlichen Bruch der vertraglich übernommenen Verpflichtungen zuschulden kommen lassen wird.

Polnisch-litauischer Widerstreit
Im Wilnaer Gebiet haben die polnischen Sicherheitsbehörden zahlreiche Haus-

suchungen unter den Litauern vorgenommen und bis jetzt insgesamt 27 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, an den litauischen Schülern staatsfeindliche Tätigkeit entfaltet zu haben.

Diese Verhaftungen sind, wie der „Kraukauer Illustrierte Kurier“ aus Wilna meldet, Vergeltungsmaßnahmen gegen „Verfolgungen der polnischen Minderheit in Litauen“, wo insgesamt 50 Polen, hauptsächlich wegen Unterrichts polnischer Schulkinder in ihrer Muttersprache, verhaftet und zum größten Teil in Gefängnisse gebracht worden. Mehr als 20 polnische Lehrer sind zu verhältnismäßig hohen Geldstrafen verurteilt worden. Das Blatt hebt hervor, daß Polen bisher gegen die Litauer nur deshalb nicht vorgegangen sei, weil es geglaubt habe, das Schicksal der polnischen Minderheit in Litauen zu mildern. Da dies jedoch nicht geschehen sei, hätten sich die polnischen Behörden zu Vergeltungsmaßnahmen entschlossen. Diese seien indessen noch nicht abgeschlossen, da Litauen, wie es heißt, die völlige Vernichtung des polnischen Schulwesens anstrebe.

Regierungserklärung in Paris

Paris, 15. Febr. In einer äußerst stürmischen Kammer Sitzung, die vielfach durch kommunistische Störungen unterbrochen wurde, hat Ministerpräsident Doumergue die Regierungserklärung verlesen. Es heißt darin u. a.:

„Die Regierung, die sich dem Parlament vorstellt, ist gebildet worden zur Herstellung des Burgfriedens der Parteien. Nach den tragischen, schmerzlichen Ereignissen der letzten Tage hat sie allen Grund zu der Annahme, daß dieser Burgfriede den Wünschen des Landes und des Parlaments entspricht. Ein dringliches Werk der Gerechtigkeit ist durchzuführen. Der Burgfriede und die Beruhigung der Geister werde es ermöglichen, diese Aufgabe zu verwirklichen, ohne jede Leidenschaft, aber auch mit dem Willen, die Schuldigen, wo sie auch stehen mögen, ausfindig zu machen, zu verfolgen und zu treffen.“

Der Burgfriede ist auch notwendig, damit das Land schleunigst einen Staatshaushaltplan erhält, den es erwartet und dessen schnelle Verabschiedung die Festigkeit der französischen Währung sichern soll.

Auch die außenpolitischen Fragen erscheinen gebieterisch den Burgfrieden der Parteien und die Beruhigung der Geister. Der Friede unter den Franzosen ist ein starkes Element der Wa-

